

Antrag Nr. 22-F-63-0084

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Betreff:

Hitzeaktionsplan Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 20.09.2022 -

Antragstext:

Die absehbar zunehmenden Hitzeextreme gefährden auch in Wiesbaden die Gesundheit der Bevölkerung und könnten in Folge das Gesundheitssystem überlasten. Besonders betroffen sind Bewohner*innen überwärmter Innenstadtquartiere sowie besonders vulnerable bzw. hilflose Bevölkerungsgruppen wie z. B. ältere Menschen, chronisch Erkrankte, Menschen mit Behinderung, Säuglinge und Kleinkinder, Menschen, die im Freien arbeiten und Menschen in Gemeinschaftsunterkünften sowie Wohnungslose.

Ein wichtiges Instrument zur Risikovorsorge sind daher kommunale Hitzeaktionspläne, wie sie beispielsweise die Städte Erfurt, Köln, Mannheim und Offenbach bereits aufgestellt haben.

Wesentliche Strategien eines Hitzeaktionsplans sind:

- Risikokommunikation an die Bevölkerung und an Hilfesysteme
- Management von Akutereignissen für vulnerable Bevölkerungsgruppen
- langfristig wirksame Maßnahmen zum Schutz vor Hitzeextremen
-

Zur Risikovorsorge für kommende Hitzesommer sollte auch die Landeshauptstadt Wiesbaden einen kommunalen Hitzeaktionsplan aufstellen und diesen in den Folgejahren evaluieren und fortschreiben. Dabei kann sich z. B. am Hitzeaktionsplan Mannheim orientiert und auf die „Arbeitshilfe zur Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans für Städte und Kommunen (2021)“ der Hochschule Fulda, Download unter [HAP-DE - Hochschule Fulda \(hs-fulda.de\)](https://www.hap-de.de) zurückgegriffen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. bis Ende 2023 einen Hitzeaktionsplan zu erstellen und mit dessen Umsetzung 2024 zu beginnen. Der Plan ist in den Folgejahren zu evaluieren und bei Bedarf anzupassen. Der Hitzeaktionsplan soll sich auf die Empfehlungen der Bund/Länder-Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels (GAK)“ stützen und daraus operative Maßnahmen entwickeln. Dazu gehören:
 - räumliche Identifizierung besonders gefährdeter Stadtgebiete bzw. urbaner Hitzeinseln
 - Identifizierung der besonders hitzevulnerablen bzw. hilflosen Bevölkerungsgruppen
 - Identifizierung von kühlen Orten
 - Hitze-Warnsystem und gezielte Risikokommunikation sowie Festlegung einer Kommunikationskaskade
 - Verhaltensempfehlungen, Beratung von Betreuungseinrichtungen und Fortbildung des Betreuungspersonals
 - Beschattung sonnenexponierter Plätze, Installation öffentlicher Trinkwasserspender
 - Hilfsmaßnahmen im Akutfall wie z. B. Trinkwasserausgabe und Angebote kühler Rückzugsmöglichkeiten für Wohnungslose

Antrag Nr. 22-F-63-0084

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

- Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung vieler Hitzeerkrankter
 - stadt- und bauplanerische Maßnahmen zur Abkühlung urbaner Hitzeinseln wie z. B. Entsiegelungen, Baumpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünungen, Anlage von Wasserflächen, Verbesserung der Belüftungssituation
2. die Erstellung des Hitzeaktionsplans durch eine breite Beteiligung der Bevölkerung und der Multiplikator*innen der hitzevulnerablen Gruppen zu begleiten.
 3. Für die Finanzierung der aus dem Hitzeaktionsplan resultierenden Maßnahmen sind, wo immer möglich, Drittmittel einzuwerben.

Wiesbaden, 21.09.2022

Christiane Hinnerger
Fraktionsvorsitzende
(Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender
(Die Linke)

Janine Vinha
Fraktionsvorsitzende
(Volt)

Julia Beltz
Fraktionsreferentin
(Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsgeschäftsführer
(SPD-Fraktion)

Julia Seidel
Fraktionsreferentin
(Die Linke)

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer
(Volt)